

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX/50

Bonn, den 15. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Bewährungsprobe</u> Israel - Kairo - Bonn	46
2	<u>Verkehrte Verkehrspolitik</u> Weiß das der Bundeskanzler? Von Wolfgang Schwabe, MdB	43
3 - 4	<u>Amerikas Hochschulen haben es besser (I)</u> Verwirrende Vielfalt - Gesunde finanzielle Basis Keine Nachwuchssorgen Von Dr. Michael Fülgraff	87
5	<u>Die Glosse:</u> <u>Noblesse oblige</u> 75 000 DM - das Bett der Madame Hortense Von Wolfgang Jansen	58

Bewährungsprobe

Israel - Kairo - Bonn

sp - Die Bundesrepublik steht in dieser Woche erneut vor einer Bewährungsprobe. Von der Art, wie sie diese meistert, wird ihr Ansehen in der Welt abhängen. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem israelischen Kabinett nunmehr auch das Parlament der Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik zustimmen wird. Damit wäre ein Akt vollzogen, der schon seit langem zu den Selbstverständlichkeiten der deutschen Politik gehört hätte. Würde man vor einem Jahrzehnt, als die Sozialdemokratie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel forderte, diesen Akt vollzogen haben, dann wäre er wohl heute nicht mehr Gegenstand von Erpressungsversuchen eines Teiles der arabischen Welt. Die schon früher gerade in dieser Frage von der Bundesregierung gezeigte unklare Haltung hat jetzt unter dem Druck der Ereignisse in Kairo zweifellos zu einer Situation geführt, die keineswegs notwendig war. Trotzdem: Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ist - wenn sie auch spät kommt - nur zu begrüßen.

Auf der anderen Seite steht die Drohung Nassers und einiger anderer Staaten der Arabischen Liga, man werde die diplomatischen Beziehungen zu Bonn abbrechen und möglicherweise sogar Pankow diplomatisch anerkennen.

Diese Drohung ist mit Ernst zur Kenntnis zu nehmen. Es haben bereits 87 Staaten der westlichen, östlichen und neutralen Welt normale diplomatische Beziehungen zu Israel, ohne daß es Nasser bisher eingefallen wäre, dies als Druckmittel gegen die betreffenden Staaten zu benutzen; mit einigen von ihnen macht er ausgezeichnete Geschäfte.

Sollte die Ankündigung der Außenministerkonferenz in Kairo, man werde die diplomatischen Beziehungen zu Bonn abbrechen, Realität werden, dann wäre ein solcher Akt bedauerlich, müßte aber keineswegs das Ende der deutsch-arabischen Freundschaft bedeuten.

Man hat in den letzten Tagen oft übertriebene Zahlen von angeblichen Verlusten genannt, die die Bundesrepublik bei Abbruch der diplomatischen Beziehungen nunmehr zu den Staaten der Arabischen Liga wirtschaftlich erleiden würde. Tatsache ist jedoch, daß die Bundesrepublik aus dem arabischen Raum Waren im Werte von 2,9 Milliarden DM bezieht, während sie nur Waren in Höhe von 1,5 Milliarden DM nach diesen Gebieten ausführt. Dieses Volumen entspricht noch nicht einmal dem Gesamtvolumen des Osthandels der Bundesrepublik.

Von einem Teil der deutschen Industrie, die sich besonders im Nahen Osten engagiert hat, werden andere Zahlen genannt. Man sagt jedoch nicht, daß ein erheblicher Teil dieses Handels- oder Industrieengagements deutscher Firmen im Nahen Osten durch Garantien der Bundesrepublik, also durch den deutschen Steuerzahler, abgesichert sind.

Die Drohungen aus Kairo sind mit Ernst zur Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig ist jedoch damit die Hoffnung zu verknüpfen, daß in einer weniger gereizten Atmosphäre der Gesamtkomplex der deutsch-arabischen Beziehungen erneut gewissenhaft auf seine politische und wirtschaftliche Solidität überprüft wird.

Verkehrte Verkehrspolitik

Weiß das der Bundeskanzler ?

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Die Bundesrepublik gilt allgemein als das Wirtschaftswunderland. Diese irreführende Bezeichnung ist von der CDU/CSU-Regierung jahrelang propagiert worden, weil man sich davon die Stabilisierung der Wählerstimmen erhoffte. Auf das stndige Herausposaunen des "Wirtschaftswunders" erfolgte vom Ausland her eine ganz natürliche Reaktion. Wir dürfen zahlen, zahlen, zahlen.

Der Bundesregierung mangelt es leider an Mut, öffentlich zu bekennen, daß es im eigenen Haus oft noch am Notwendigsten fehlt. Die innerdeutsche Verkehrssituation ist hierfür eines der überzeugenden Beispiele.

Am Ende der vierten Regierungsperiode der Adenauer-Erhard-Ära bietet sich folgendes Bild: Die Deutsche Bundesbahn, daß größte Bundesunternehmen überhaupt, ist "illiquid", zu deutsch: zahlungsunfähig! Das Defizit ist in seinem ganzen Umfang noch gar nicht zu übersehen. Investitionsvorhaben werden kurzfristig abgestoppt; unter anderem werden Grundstücksverkäufe als Sanierungshilfe empfohlen.

Bei der Deutschen Bundespost sind die Verhältnisse anders, aber in ihrer Art auch nicht viel besser. Sie ist völlig fremdverschuldet; dem Bundespostminister gehört nach seinen eigenen Worten kaum noch der Stuhl, auf dem er sitzt.

Die deutschen Binnenwasserstraßen sind zu einem großen Teil in einem beklagenswerten Zustand; nach Auskunft der zuständigen Stellen fehlen die notwendigen Mittel, um die erforderlichen Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten durchzuführen.

Der Straßenbau ist unzureichend; er hält weder mit der steigenden Verkehrsentwicklung noch mit den gleichzeitig steigenden Steuergldern der Verkehrsteilnehmer Schritt, obwohl gerade diese - durchaus sinnvolle - Koppelung schon seit Jahren der Öffentlichkeit zugesagt ist.

Bahn und Post, Wasserwege und Straßennetz kranken nicht erst seit heute. Der Verkehr ist das Kreislaufsystem der Volkswirtschaft. Es würde zu weit gehen, von einem Kreislaufkollaps zu sprechen. Wir befinden uns vielmehr in einem chronisch gewordenen Zustand schwerster Kreislaufstörungen. Schon heute, und nicht erst seit heute, entstehen hierdurch schwere, schwerste Schäden für die deutsche Volkswirtschaft.

Diese Entwicklung ist längst keine "Ressortangelegenheit" mehr; und deshalb drängt sich zwangsläufig die Frage auf: "Weiß das der Bundeskanzler, der sich so gerne als den Wirtschaftswundervater bezeichnen läßt?" Die Frage stellen, heißt sie bejahen. Deshalb ist es nötig, mit Verkehrsminister Seebohm, mit Postminister Stcklen oder mit Bundesbahnprsident ftering zu hadern; es sei denn deshalb, weil sie sich nicht hinreichend durchsetzen konnten. Die deutsche Verkehrsmisere unserer Tage ist ein Stück Wirtschaftsmisere. Die Verantwortung dafür trägt der Mann, der sich als Wirtschaftsminister überschätzt und als Kanzler übernommen hat. Die deutsche Verkehrspolitik ist eines der Zeichen dafür, daß Ludwig Erhard nicht nur in der Außenpolitik versagt hat.

Amerikas Hochschulen haben es besser (I)

Verwirrende Vielfalt - Gesunde finanzielle Basis

Keine Nachwuchssorgen

Von Dr. Michael Fülgraff

Anders als in Deutschland bieten die amerikanischen Universitäten kein einheitliches Bild. Es scheint auf den ersten Blick keinerlei System zu geben, in bunter Verschiedenheit leben akademische Bildungseinrichtungen aller Art nebeneinander.

In den USA bestehen insgesamt ca. 2 000 Institutionen, an denen Studenten akademische Grade, also mindestens einen "BA", Bachelor of Arts, erwerben können. Ein "BA"-Grad ist im allgemeinen der erfolgreiche Abschluß eines allgemeinbildenden Studiums mit Fächern aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, ergänzt durch Naturwissenschaften, Kunst oder mehr praktische Disziplinen, wie Mitarbeit an universitätseigenen Radio- und Fernsehsendern, Journalismus oder anderes.

Scharfe Kontrolle

Diese 2 000 Institutionen werden von einer überregionalen Kommission, die eine Art freiwillige Selbstkontrolle der Universitäten darstellt, in regelmäßigen Abständen besucht und kontrolliert. Dabei werden die Anlagen und Einrichtungen ebenso wie etwa die Bücherei, die Laborräume in naturwissenschaftlichen Fächern und die Seminare der Geisteswissenschaften geprüft. Schließlich wird der Lehrkörper durchleuchtet, so daß diese Kommission sich am Ende ein genaues Bild vom Niveau der einzelnen Hochschulen machen kann. Erreicht dieses Niveau die geforderte Norm, so wird die Hochschule von der Kommission akkreditiert, ihre Grade erhalten allgemeine Anerkennung.

Die Akkreditierung ist für die Hochschulen lebenswichtig. Bekommen sie sie nicht, oder wird sie im Laufe der Zeit wieder entzogen, so versiegt der Zustrom von Geld sowohl aus öffentlichen wie aus privaten Quellen.

Diese Kommission ist keine staatliche Behörde. Sie wird von den Hochschulen und Universitäten selbst gewählt. Ihre eiserne Hand, die keine Rücksicht auf große Namen nimmt, zeigte sich zum Beispiel, als in diesen Tagen die zahnmedizinische Fakultät der berühmten und traditionsreichen Columbia Universität in New York die Anerkennung verlor.

1 500 akademische Bildungsstätten anerkannt

Von den 2 000 akademischen Bildungseinrichtungen aller Art und Größe sind ca. 1 200 von der Hochschulkommission akkreditiert. Unter diesen wiederum sind 400 - 500 sogenannte "Graduate Schools",

d.h. Stätten fortgeschrittenen und spezialisierten Studiums in Geistes-, Sozial- oder Naturwissenschaften. Ungefähr 60 dieser Graduate Schools haben alle wichtigen Fakultäten und können den höchsten wissenschaftlichen Doktorgrad, den "ph.d.", den Doktor der Philosophie, vergeben. Dieser Grad kann in allen wissenschaftlichen Spezialfächern erworben werden, also z.B. auch nach einem Studium einer der biologischen Grundwissenschaften der Medizin, nicht aber von Allgemeinmedizinern und Ärzten. Um die verwirrende Vielfalt zu vollenden, sei gesagt, daß unter diesen 60 wiederum 12 sogenannte Große Universitäten sind, wie unter anderem die bekannten Harvard, Yale, Princeton, Columbia, Cornell oder Berkeley. Bei aller Vielfalt ist eine Zentralisierung darin zu erkennen, daß über die Hälfte aller Bundesgelder für Forschung an sechs dieser großen Universitäten gehen.

Finanzierungsquellen

Die Verwirrung nimmt noch zu, wenn man die Hochschulen nach der Quelle ihrer Gelder betrachtet. 60 Prozent der Hochschulen werden von privaten Stiftungen und Spenden unterhalten, ca. 40 Prozent gehören den Einzelstaaten oder größeren Städten. Die Bundesregierung besitzt außer den Militärakademien keine eigenen Hochschulen; gibt jedoch große Mittel als zweckgebundene Forschungsgelder an die einzelnen Institutionen.

Obwohl nur 40 Prozent der Hochschulen der öffentlichen Hand gehören, werden diese von 65 Prozent der Studenten besucht. Während es private Institute mit nur 300 Studenten gibt, haben einige Staatsuniversitäten bis zu 40 000 der derzeit über 4,5 Millionen Amerikanischen Studenten. Um diese Zahl von 4,5 Millionen richtig zu würdigen, sei festgestellt, daß in der Bundesrepublik, wenn wir das gleiche Verhältnis zwischen Studentenzahl und Bevölkerung herstellen wollten, weit über eine Million junger Menschen studieren müßten.

Wie kommt der Amerikaner zur Hochschulreife?

Die sehr verschiedene Größe der einzelnen Hochschulen ist auch das Resultat unterschiedlicher Zulassungsbedingungen. Zwar hat jeder Absolvent einer höheren Schule ein Recht auf Universitätszulassung in dem von ihm gewünschten Fach, doch ist ihm damit nicht garantiert, von einer bestimmten Hochschule aufgenommen zu werden. Die erwähnten Großen Universitäten, speziell die privaten Universitäten an der Ostküste, haben sehr strenge Auswahlverfahren. So nimmt etwa Princeton in jedem Jahr von 40 000 Bewerbern nur 1 800 auf. Die guten Universitäten lassen im allgemeinen einen von 5 - 6 Bewerbern zu. Dabei betreiben die für ihre Liberalität bekannten Hochschulen an der Ostküste immer auch ein wenig Politik. Sie lassen nicht unbedingt die Besten zu, sondern achten darüber hinaus auf regionale Streuung und nehmen z.B. bevorzugt farbige oder auch weiße Bewerber aus den Südstaaten auf, weil sie glauben, durch eine liberale Erziehung der dortigen Intelligenz die Rassengegensätze entschärfen zu können.

Während die großen privaten Universitäten scharf auswählen, nehmen kleine private Institutionen oft aus finanziellen Gründen jeden Bewerber auf, während die Staatsuniversitäten sogar dazu verpflichtet sind. Dennoch halten auch die letzteren teilweise ein sehr hohes Niveau aufrecht, indem sie ihre Studenten verteilen. So hat etwa die Staatsuniversität von Californien in Berkeley mit die schärfsten Ausleseverfahren, während abgewiesene Bewerber von den anderen californischen Staatsuniversitäten aufgenommen werden.

(Fortsetzung folgt)

Die Glosse:

Noblesse oblige

Von Wolfgang Jensen

Die deutsche Botschaft in Paris wird in abschbarer Zeit über ein neues Gebäude verfügen. Das "ehemalige reichseigene Dienst- und Dienstwohnungsbauwerk in Paris, Rue de Lille", wie es in einer Vorlage des Finanzministers an den Haushaltsausschuß heißt, auch kurz "Palais Beauharnais" genannt, ist in deutschen Besitz zurückgekehrt. Bevor wir es wieder benutzen können, müssen allerdings noch einige Bauarbeiten durchgeführt werden. Für 13 Millionen und einhunderttausend Deutsche Mark. Die französischen Behörden hatten das ehemalige reichseigene Gebäude mit Dekret vom 25. Juli 1951 unter Denkmalschutz gestellt, was sich auch auf die Innenräume im Erdgeschoß und im ersten Stock bezieht.

Gleich im Vestibül fällt uns ein Mahagoni-Thermometer auf. Leider ist es kaputt und muß repariert werden. Kostenpunkt: 600 (in Worten: sechshundert) DM. Auch das Mahagoni-Barometer funktioniert nicht. Bevor wir die Millibar richtig ablesen können, müssen weitere 600 DM aufgewendet werden.

Auf dem Weg zur Garderobe werden wir - wenn alles erst fertig ist - einen Vorhang passieren, dessen Herstellung mit 13 700 DM veranschlagt wird. Dagegen sind die drei Fensterdekorationen in der Halle relativ billig: sie kosten per Stück nur 5 070 DM. Im Grünen Saal kostet eine Fensterdekoration dagegen 13 802 DM und im Schlafzimmer der Hortense sogar 25 440 DM.

Aber damit sind wir schon weit vorausgecilt in der Besichtigung. Kehren wir also ins Vestibül zurück; wo vier Keramik-Bodenvasen, 70 cm hoch, gereinigt und instandgesetzt werden müssen, das Stück zu 200 DM. Doch Welch ein Glück, daß sie da sind. Gleich nebenan in der Halle links müssen zwei solcher Vasen neu angeschafft werden - und das ist pro Stück hundert Mark teurer.

Im Vestibül hängt auch eine Glampel mit vergoldetem Messinggestell, die der Reinigung und Instandsetzung bedarf - für 1 600 DM. Geschenkt, denn die zahlreichen ebenfalls zu reinigenden und instandzusetzenden Lüster kommen auf durchschnittlich 5 000 DM Kosten. Einige müssen neu angeschafft werden, was dreimal so teuer ist.

Von unten nach oben wird's teurer. Ein Sofa in der Halle wird für 2 400 DM instandgesetzt, im Salon Cerise im ersten Stock hingegen sind 7 720 DM für den gleichen Zweck veranschlagt. Nur zögernd nähert man sich angesichts solcher Zahlen dem Raum mit dem verheissungsvollen Namen: Historisches Bad. Aber es wird der billigste im ganzen Haus: Nur 400 DM müssen ausgegeben werden, damit uns eine dort befindliche Ampel leuchtet. Und so gerüstet, nahen wir uns dem Clou des ganzen, dem Non-plus-ultra, dem Schlafzimmer - der Ruhestatt der Hortense. Es ist ein Mahagonibett mit Goldbeschlügen, reich verziert, dreiteilige Matratze, 2 Rollen, Bettdecke, mit Baldachin auf acht Säulen, reichen Goldverzierungen und Possamentarien. Natürlich bedarf auch das der Instandsetzung. Für 75 000 DM!

Armer Ludwig Erhard: Da mußtest Du Dich ärgern lassen, weil Du Dir einen Bungalow für zwei Millionen baute. Allein die Innerenovierung im Palais Beauharnais mit insgesamt 2,4 Millionen DM wird diese Summe noch um zwanzig Prozent übersteigen. Man sieht, die Frage des Maßhaltens ist eine Frage des Maßstabes. - Von Madame Beauharnais, der Gattin Kaiser Napoleons, (seine Marmorbüste wird für 200 DM gereinigt, gelagert und wiederaufgestellt) von Madame Beauharnais also berichten die Zeitgenossen, sie sei ein Genie im Geldausgeben gewesen. Jetzt werden wir in ihrem Haus wohnen und tun es ihr gleich.

Noblesse oblige!

+ + +